

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **67 (1980)**

Heft 18

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Viele Lehrer klagen darüber, dass sie immer nur geben und nicht auch profitieren. Es ist bei einem lebendigen Aufsatzunterricht wichtig, dass auch der Lehrer mal eine Sprachskizze versucht, dass er seine Sinne öffnet, denn nur so wird auch er auftanken können. Die Öffnung der Sinne bewirkt noch etwas anderes. Kinder werden sich nach kurzen Übungen auch in Steine, Bäume und Landschaften hineindenken können. Die Veränderungen der Landschaft zeigen uns immer deutlicher, dass die meisten Erwachsenen dazu nicht mehr fähig sind. Die Schöpfung ist zur blossen Materie geworden. Haben Kinder einmal entdeckt, dass man einem Bach zuhören kann, so beginnen selbst Schuhsohlen und Telegraphenmasten zu sprechen, und aus der

Inventaraufnahme «Bildbeschreibung» erstet das Werk des Malers zu neuem Leben.

Behält man die drei Schwerpunkte

- Mitteilung – für jemanden
- schöpferischer Aufsatz
- Anschaulichkeit

im Auge, so wird es nicht schwer sein, noch weitere Ideen zu finden.

Literatur:

Paul Georg Münch: «Diese Deutsch». Dürrsche Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1926. PS: Ich suche dieses Buch seit langem, bis jetzt habe ich es mir jedes Mal durch die Bibliothek bestellen müssen.

Christine Mann: Aufsatz-Unterricht. Kösel Berufspraxis, 1977.

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Hochschulsubventionen und Stipendien

Einstimmig und ohne Enthaltung hat die Kommission des Ständerates für Wissenschaft und Forschung beschlossen, ihrem Rat die Billigung von 915 Mio. Franken für Hochschulförderungsbeiträge in der vierten Beitragsperiode (1981 bis 1983) zu beantragen. Auch den Bundesbeschluss über die Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz (9,2 Mio. für die Zeit vom März 1981 bis Ende 1983) genehmigte die Kommission einstimmig.

Das Gremium tagte unter dem Vorsitz von Ständerat Alois Dobler (Schwyz) am 21. August an der Universität Freiburg im Beisein von Bundesrat Hans Hürlimann und von Vertretern der Schweizerischen Hochschulkonferenz, des Schweizerischen Wissenschaftsrates, der Erziehungsbehörden des Kantons und der Universität Freiburg.

Bei der Vorlage über die Hochschulsubventionen wurden gewisse Vorbehalte gegenüber den Sonderbeiträgen zur Bekämpfung von Engpasssituationen an den Hochschulen (höchstens 60 Mio. Franken) vorgebracht. Blieb das Prinzip der Vermeidung von Zulassungsbeschränkungen absolut unbestritten, gingen die Bedenken in Richtung Höhe und Einsatz des von den Sachinvestitionen ausgesonderten Beitrages. Die Mehrheit der Kommission hat sich in dieser Frage jedoch dem Entwurf des Bundesrates angeschlossen. In der Schlussabstimmung wurden beide Beschlussentwürfe im Sinne des Bundesrates einstimmig genehmigt.

CH: Sport vom EMD ins EDI?

Der Bundesrat will prüfen, ob der Bereich «Turnen und Sport» nicht dem Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) entzogen und neu dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) unterstellt werden soll. Zur Annahme eines entsprechenden Postulats von Nationalrat Raoul Kohler (FDP, BE) hat sich die Landesregierung bereit erklärt. Das Postulat ist von 81 Nationalräten unterzeichnet worden. In der Begründung seines Vorstosses hob Nationalrat Kohler die grossen Verdienste des EMD um die Förderung von «Turnen und Sport» durch das EMD seit 1974 hervor, wobei damals die «Hebung der Wehrkraft durch Körperertüchtigung» im Vordergrund gestanden sei. Heute dagegen sei dieser Rahmen gesprengt, indem der Sport zu einem «gesellschaftspolitisch relevanten Faktor» vorab der Erziehung und Entwicklung des heranwachsenden Menschen geworden sei.

CH: Schweizer Schulen im Ausland: Therapie unumgänglich

Der Bundesrat sieht sich genötigt, seine Politik zur Unterstützung der Schweizer Schulen im Ausland zu überprüfen. Er ist nicht mehr bereit, diesen privaten Instituten Subventionen auszurichten – im letzten Jahr erreichten sie 14,3 Mio. Franken –, wenn sie die vom Gesetz vorgeschriebenen Bedingungen nicht mehr erfüllen. Das erklärte der Direktor des Bundes-

amtes für Kulturpflege im Eidgenössischen Departement des Innern (EDI), Frédéric Dubois, an der 58. Tagung der Auslandschweizer in Lugano. Die Vertreter der 340 000 im Ausland lebenden Schweizerbürger unterstrichen ihrerseits die Bedeutung dieser Schulen, deren Wert man nicht nur in blanker Münze messen könne.

Gegen 500 Auslandschweizer aus aller Welt hatten sich zum diesjährigen Treffen eingefunden, an dem wiederum zahlreiche Mitglieder von Bundes- und kantonalen Behörden teilnahmen. Thema der Tagung war die Zukunft der 19 vom Bund anerkannten Schweizerschulen im Ausland, von denen etliche in finanziellen und andern Schwierigkeiten stecken. Als Vertreter des EDI, der Aufsichtsbehörde über diese Institute, sprach Dubois eine unmissverständliche Sprache. Die wichtigste Voraussetzung für die Lebensfähigkeit der Auslandschweizerschulen, nämlich eine starke Schweizerkolonie, sei in vielen Fällen nicht mehr gegeben. Die Bundessubventionen machten im letzten Jahr zwei Drittel der Gesamteinnahmen dieser Schulen aus.

ZH: Die Junge SVP zur «Krise» an der Universität

Die Junge SVP des Kantons Zürich regt an, dass die Zustände an der Universität von einer parlamentarischen Kommission gesamthaft untersucht würden, damit sich jene Strukturreformen einleiten liessen, die «für eine Bewältigung der schwelenden Krise unausweichlich» seien. In einer Pressemitteilung heisst es weiter, der Fall Löffler stelle nur die Spitze eines Eisbergs dar; während in Luxusbauten eine gigantische Bürokratie aufgebaut werde, erschweren «organisatorisch chaotische Zustände und ein Klima der Willkür» an zahlreichen Instituten ein effizientes Studieren und Forschen. Unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Freiheit werde eine Situation gerechtfertigt, die an anderen staatlichen Dienstleistungsbetrieben nicht denkbar wäre.

ZH: Ethnologie-Lehrauftrag gestrichen

Die Hochschulkommission des Kantons Zürich hat den Lehrauftrag «Projektgruppe: Community-Medien» am Ethnologischen Seminar der Universität Zürich für das Wintersemester 1980/81 gestrichen. Die übrigen Lehraufträge im Fach Ethnologie wurden erteilt mit dem Auftrag an die Fakultät, die Veranstaltungen zu begleiten und der Hochschulkommission einen begutachtenden Bericht einzureichen, wie die kantonale Informationsstelle mitteilt. Die Hochschulkommission beschloss weiter, von der Fakultät einen Ergänzungsbericht über den Stellenwert bestimmter ethnologischer Forschungsrichtungen

und Methoden zu verlangen. Die Auseinandersetzung um die Arbeit am Ethnologischen Seminar hatte begonnen, als Ausschnitte eines Videofilmes der Projektgruppe Community-Medien über den Opernhauskrawall an einer «Vollversammlung» der Jugendlichen gezeigt wurden. Der Zürcher Erziehungsdirektor Alfred Gilgen hatte darauf ein Verbot für den Film verhängt und die Aufführung als einen Missbrauch von wissenschaftlichem Material zu politischer Agitation bezeichnet.

Kritik des Verbandes Studierender

Der Verband Studierender an der Universität Zürich (VSU) erklärt zum Entscheid der Hochschulkommision, diese habe «in unqualifizierter Art und Weise in die Freiheit von Lehre und Forschung eingegriffen». Mit der Nichterteilung des Lehrauftrages an Dr. Heinz Nigg für das nächste Semester habe sie festgehalten, dass sich die Wissenschaft der Politik unterzuordnen habe. Auch der Entscheid, alle anderen Lehraufträge am Ethnologischen Seminar zwar zu erteilen, aber durch die Fakultät «begleiten» zu lassen, desavouiere die Professoren der Fakultät in ihrem Wissenschaftsverständnis; diese Auflage bedeute einen Affront gegen die Freiheit von Wissenschaft und Forschung.

BE: Bern tritt der Hochschulvereinbarung bei

Der Kanton Bern tritt der auf 1. Januar 1981 in Kraft tretenden Interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge bei. Das Kantonsparlament hat am 26. August mit 130 gegen 4 Stimmen einen entsprechenden Grossratsbeschluss gefasst. Der Kanton Bern als Hochschulkanton wird in den Jahren 1981 bis 1986 durch die Vereinbarung einen Reingewinn von zwischen 5 und 10 Mio. Franken erzielen. Der Vereinbarung gehören nun neben dem Kanton Bern bereits die Kantone Zürich, Waadt, Neuenburg, Genf und Freiburg (Hochschulkantone) sowie Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Appenzell Innerrhoden und Wallis (Nichthochschulkantone) an.

BE: Boykott des Haushaltskurses führte zu Geldbussen

Zu einer Busse von je 90 Franken sind in Biel sieben junge Frauen verurteilt worden. Die sieben Verurteilten, die sich weigerten, den im Kanton Bern seit 1952 obligatorischen, 180stündigen Hauswirtschaftskurs zu besuchen, müssen zudem mit je 100 Franken die Gerichtskosten tragen, wie ein Sprecher des Bieler Richteramtes III erklärte. Die sieben Bielerinnen, zu deren Gunsten in Biel eine Demonstration stattgefunden hat, wollen die Bussen nicht bezahlen. Der für Mädchen obligatorische Haushaltskurs war 1978 erstmals in Biel auf offene Opposition gestossen, da er nur Mädchen, nicht aber Jünglinge betref-

fe und deshalb diskriminierend sei. Im Frühjahr 1977 wurde dann die «Gruppe gegen den obligatorischen Hauswirtschaftskurs» gegründet, die im Herbst eine Petition mit über 2000 Unterschriften an die Berner Regierung einreichte. Gleichzeitig wurde auch der Kurs-Boykott organisiert, für den sich die sieben nun verurteilten Bielerinnen zur Verfügung stellten. Inzwischen hat eine Arbeitsgruppe der kantonalen Erziehungsdirektion auf Grund eines Vorstosses im Berner Grossen Rat Lösungen vorgelegt, wobei auch ein fakultativer, gemischter Hauswirtschaftskurs vorgesehen ist.

LU: Neuer Lehrplan wird erprobt

Etwa 90 Abteilungen der Primarschule werden im Schuljahr 1980/81 auf freiwilliger Basis einen neuen Lehrplan für den Sachunterricht (Geschichte, Geographie, Heimatkunde, Naturkunde) erproben. Dabei soll geprüft werden, ob die vorgeschlagenen Inhalte und Methoden sich in der Praxis bewähren. Die Erprobung wird von Fachleuten begleitet und dauert voraussichtlich zwei Jahre.

ZG: Kein Lehrer-Qualifikationssystem in der Stadt Zug

Der Zuger Stadtrat beantragt dem Grossen Gemeinderat, das am 7. Dezember 1976 von J. P. Flachsman und Rainer Paul eingereichte Postulat betreffend Qualifikationssystem für Lehrpersonen abzuschreiben. Das Postulat wollte die Erarbeitung eines Qualifikationssystems für die berufliche Lehrtätigkeit in Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft. Im Einverständnis mit der städtischen Lehrervereinigung beauftragte der Zuger Stadtrat einen Fachmann, der in einem grossen Industriebetrieb ein vergleichbares Qualifikationssystem aufbaute und überwachte. Zwei Lehrergruppen, die sich freiwillig zur Verfügung stellten, erarbeiteten darauf unter dessen Leitung ein Qualifikationsblatt für Lehrertätigkeiten. Da die städtische Lehrervereinigung an ihrer Jahresversammlung vom Frühjahr 1980 sich entschied, diesen Weg nicht mehr weiterzuverfolgen, soll das Postulat jetzt abgeschrieben werden.

AR: Ausserrhodener Gemeinden gegen neuntes Schuljahr

15 der 20 appenzell-ausserrhodischen Gemeinden sowie der kantonale Lehrerverein sind gegen die Einführung des in den meisten Schweizer Kantonen üblichen obligatorischen neunten Schuljahres. Im Entwurf zum ersten Schulgesetz des Kantons, das zur Vernehmlassung unterbreitet worden war, hatte sich der Regierungsrat positiv dazu gestellt.

BS: Gratisfahrten für Basler Primarschulklassen

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat einer halbjährigen Versuchsphase für Gratisfahrten von Primarschulklassen auf dem Netz der Basler Verkehrsbetriebe (BVB) zugestimmt. Der Beschluss beschränkt sich deshalb auf Primarschulen, weil sich diese Schüler für obligatorische Lernausgänge (Besuch der Kunsteisbahn, des Schwimmbades oder Schularztuntersuchungen) beim Schulhaus besammeln müssen. Allerdings können nur Schüler, die im Klassenverband die BVB benützen, unentgeltlich fahren. Der Versuch wird am 1. Oktober gestartet.

TG: Forderungsklage einer Lehrerin

Das Bezirksgericht Arbon hat die Klage einer Lehrerin, die wegen zu niedriger Schülerzahl ihre Stelle im Kanton Thurgau verloren hatte, geschützt und deren Forderung an den Regierungsrat von 10 000 Franken als berechtigt und nicht übertrieben erklärt. Die Frau hatte während sieben Jahren in einer kleinen Schulgemeinde unterrichtet. Als ihre Klasse auf weniger als zehn Schüler zusammengeschrumpft war, hatte der Thurgauer Regierungsrat beschlossen, die Klasse aufzulösen und die Lehrerin zu entlassen. Denn zugleich mit der Einführung des neuen Unterrichtsgesetzes war im Kanton auch die Verfassungsbestimmung aufgehoben worden, laut welcher Lehrer in der Regel auf Lebenszeit gewählt werden. Die aber noch auf Lebenszeit gewählte Pädagogin fand nach ihrer Entlassung ein Jahr lang keine feste Lehrstelle.

VS: Schulkonflikt im Wallis

Die Schliessung einer Schulklasse im jungen Walliser Fremdenverkehrsort Anzère in der Gemeinde Ayent stösst auf Widerstand: Die Eltern von 17 Schülern im Alter von 7 und 8 Jahren beschlossen, der Anordnung von Schulkommission und Gemeindebehörden, ihre Kinder in die Schulen von Botyre und Saint-Romain zu schicken, nicht Folge zu leisten. Nachdem sich zahlreiche Familien ganzjährig in Anzère niedergelassen hatten, schufen die Gemeindebehörden zwei Schulklassen in diesem Ort. Aus «pädagogischen Gründen» soll nun eine dieser Klassen wieder aufgehoben werden, obwohl sie sich nach Meinung der Eltern bestens bewährt hatte. Die Eltern wollen ihren Kindern nicht zumuten, viermal täglich und bei jedem Wetter einen kilometerlangen, zeitraubenden Schulweg zurücklegen zu müssen. Eine Einsprache gegen den Schliessungsentscheid bei den lokalen Behörden blieb erfolglos. Die Eltern wandten sich deshalb an das kantonale Erziehungsdepartement; dessen Entscheid steht aber noch aus. Jedenfalls wollen die 17 Schüler aus Anzère bei Schulbeginn am 1. September in ihrem bisherigen Klassenzimmer auf den Lehrer warten.